

Pflege aktuell – Praktiker treffen Entscheidungsträger in Göppingen

(ACW) Der Fachtag für Pflegekräfte aus der Altenpflege wurde vom Arbeitskreis Gesundheits- und Pflegepolitik der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), sowie des Regionalbüros der KAB in Göppingen mit fast 30 Pflegeaktivistinnen und Pflegeaktivisten in den Räumen der KAB in Göppingen durchgeführt. Am Nachmittag waren Entscheidungsträger aus allen Verantwortungsbereichen in der Pflege auf dem Podium vertreten.

Für Unmut sorgte die Besetzung der Expertenanhörung der Pflegeenquetekommission für kommenden Freitag im Landtag. „Wenn es um Arbeitsbedingungen der Pflegenden geht, hielten wir es für selbstverständlich, dass dazu auch Pflegeexperten aus der Praxis gehört werden.“ So Akos Csernai-Weimer, KAB Regionalsekretär. „Dass es heute noch möglich ist, dass 6 Männer gehört werden in einem Bereich in dem zu 85% Frauen arbeiten, halte ich für einen Skandal“ empört sich eine Pflegeaktivistin.“

Bei der Einführung in den aktuellen Stand rund um die ambulante und stationäre Altenpflege betonte Maria Sinz, KAB Referentin für Pflegepolitik aus Aalen, die wichtigen Veränderungen des neuen Pflegegesetzes. „Wirklich neu ist, dass eine echte Verbesserung für Arbeitnehmerinnen in der Pflege ins Gesetz geschrieben wird: Tariflöhne können nicht mehr als unwirtschaftlich abgelehnt werden in den Pflegesatzverhandlungen. Darauf haben Arbeitnehmer lange gewartet“, so Maria Sinz, KAB Referentin für Pflegepolitik im einführenden Impulsreferat.

Für ihre Initiative in dieser Sache wurde **Heike Baehrens, MdB SPD**, am Nachmittag mit Applaus bedacht. Sie berichtet aktuell von der Sitzung des Bundestages, der am Tag zuvor wichtige Entscheidungen für die Pflegepolitik in der BRD getroffen hat. „Ich freue mich, dass sich das Kämpfen gelohnt hat. Mir war dieser Punkt sehr wichtig. Es ist ein Schritt in die Richtung Gute Pflege über die Qualität zu definieren, nicht über den Preis. „Auch der zweite, mir wichtige Punkt ist umgesetzt. Die Verpflichtung in der ambulanten Pflege Zeitmodule anzubieten, ist vom Tisch. Eine notwendige Korrektur der letzten Änderung zum SGBXI (Pflegerneuausrichtungsgesetz). Damit wäre die Pflege im Minutentakt auf die Spitze getrieben worden.“ Es gibt mehr Geld für die Pflege, zusätzliche Betreuungskräfte können eingesetzt werden, die Hilfen für die pflegenden Familienangehörigen werden ausgebaut und erweitert und einiges mehr.

Die nächste Reform ist schon im Blick: 2017 soll der neue Pflegebegriff eingeführt werden, gleichzeitig wird es dieses Jahr noch ein Gesetz zur besseren Vereinbarung von Pflege, Familie und Beruf geben.

Jörg Fritz, MdL, Bündnis 90/Die Grünen, stellte bei seiner Vorstellung fest, „dass das Ziel der Enquetekommission ist, Möglichkeiten der Verbesserung für die Arbeitsbedingungen in der Pflege und der Bedingungen, der zu Pflegenden aufzuzeigen. Ziel muss es aber weiterhin sein, dass ambulante Pflege vor stationärer Pflege erfolgt. Hier bedarf es mehr Anstrengungen aller, dass dies interdisziplinär ortsnah organisiert wird. Ebenso müssen die ortsnahe Betreuungsstrukturen ausgebaut werden.“

J.Fritz führte aus: „Die Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen treibe drei Aspekte voran : Die Frage des Einkommens, die Aufwertung des Pflegeberufes und die Arbeitsbedingungen. Darüber

hinaus“, so der Abgeordnete, „sei für eine solide Finanzierung guter Pflege die Bürgerversicherung, in die auch Erträge aus Kapitaleinkünften fließen, umzusetzen. Über Freibeträge muss man reden“, so der Finanzfachmann der Fraktion. Dafür erntet er Zustimmung von den KAB'lern.

Hans Peter Gramlich, Sozialdezernent des Landkreises Göppingen stellte die lokale Situation dar. Es gibt im Landkreis 82 stationäre Einrichtungen, 18 Tagespflegeeinrichtungen, 38 betreute Wohnanlagen, 42 ambulante Pflegedienste. 2014 wurden 2.175 Personen Plätze gepflegt. Die Pflegebedürftigkeit wird um 30% steigen, Die Pflegequote liegt bei 2,7% der Einwohner, das entspricht 6.800 Pflegebedürftigen. Die Kosten sind seit 2010 von 11,1 Mill auf 2013: 13 Mill. € gestiegen. Die Erhöhung des Pflegesatzes um 1% kostet den Landkreis 400.000 €. Sozialdezernent Peter Gramlich: „Ca 10% des Sozialetats wird für Pflege ausgegeben. Das ist im Rahmen.“

Alexander Stütz, Bereichsvorstand der Barmer GEK, sieht es als gutes Zeichen, dass der jährliche Pflegereport aufmerksam gelesen wird. „Es geht darum, aktuelle Ist-Zustände zu beschreiben und wissenschaftlich zu dokumentieren, um daraus Handlungsimpulse für die Politik abzuleiten.“ Die Barmer GEK bringt seit dem Jahr 2008 jährlich einen Pflegereport heraus, in dem die wichtigsten Daten und Fakten zur Pflege in Deutschland stehen und der gleichzeitig eine Bewertung der politischen Rahmenbedingungen und Weiterentwicklungen vornimmt. Dieser Bericht ist die Grundlage für viele Diskussionen und Gespräche. Herr Stütz betonte, „dass der Ansatz Reha vor Pflege weiter durchgesetzt und ausgebaut werden muss. Zu Pflegenden erhalten weniger Reha-Leistungen als andere Personen gleichen Alters. Zudem wird sich der im November erscheinende Pflegereport mit dem Pflegebedürftigkeitsbegriff auseinandersetzen.“ Die an der Diskussion teilnehmenden Personen, warten schon ungeduldig auf diesen Report.

Jürgen Kunze, Direktor der Stiftung Haus Lindenhof betont: „Unter den derzeitigen Rahmenbedingungen ist kein Träger, der ordentlich mit seinen Mitarbeitenden umgeht und die zu Pflegenden gut versorgt, Gewinne erwirtschaften kann.“ Dies sei auch nicht sein Ziel, sondern Pflegepolitik ist die Frage an die Gesellschaft, wie sie mit der alternden Bevölkerung umgeht? „Was brauchen Menschen in ihrem sozialen Umfeld? Es muss auch eine verstärkte Kooperation zwischen dem ambulanten und dem stationären Bereich geben. Die Pflegekräfte sind alle hochmotiviert, aber auch stark belastet. Was kann der Träger tun? Es gilt, die Pflege in den Vordergrund zu stellen und für den Rest eine so geringe Zeit wie möglich zu verbrauchen. Es führt kein Weg vorbei, mehr Geld in die Pflege zu geben und das Personal aufzustocken!“

In der anschließenden lebhaften Diskussion konfrontierten die Pflegekräfte die Entscheidungsträger mit ihren Erfahrungen und Anliegen und zeigten verschiedene Missstände auf, die sie in ihrem Arbeitsalltag erleben. Altersgerechte Arbeitsplätze wurden angesprochen: „Ich bin seit 32 Jahren in der Pflege tätig, jetzt, die letzten Jahre frage ich mich, wie ich durchhalten soll“, so eine Krankenpflegerin im ambulanten Dienst. „Ich gehöre zu den ganz wenigen Frauen, die genug Berufsjahre haben, um schon mit 63 in Rente gehen zu können. Ich frage mich, wie andere Kolleginnen durchhalten sollen. Mir wäre geholfen, wenn ich regelmäßig zur REHA gehen könnte.“ Eine Kollegin aus der stationären Pflege fragt kritisch: „Ärzte können für palliative Versorgung Zusatzpunkte geltend machen. Für die Pflege gibt es diese Möglichkeit nicht. Das heißt, wir machen das unentgeltlich zusätzlich, so wie derzeit die Behandlungspflege, die Praxisanleitung und Qualitätszirkel.“

Moderiert wurde die Diskussionsrunde von KAB Regionalsekretär Akos Csernai-Weimer



Auf dem Bild von links nach rechts: Jörg Fritz, MdL, Bündnis 90/Die Grünen, Heike Baehrens, MdB, SPD, Mitglied im Gesundheitsausschuss, Ákos Csernai-Weimer, KAB-Sekretär (Moderation), Jürgen Kunze, Direktor der Stiftung Haus Lindenhof, Hans Peter Gramlich, Sozialdezernent, Landkreis Göppingen und Alexander Stütz, Bereichsvorstand, Barmer GEK